



Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen.

Perspektiven unserer Arbeit

von Prof. Dr. Stephan Bundschuh

Mit dem Titel dieses Beitrages lehne ich mich an Max Horkheimer an. 1939 schrieb er in seinem Aufsatz „Die Juden und Europa“: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Horkheimer 1939, 115) Ich modifiziere die Aussage, indem ich in diesem Text die These entfalte, dass die Bedeutung des Rechtsextremismus zu einem überwiegenden Teil über die Rolle des Rassismus in unserer Gesellschaft erläutert werden kann.

Ich glaube, dass der aktuelle Rechtsextremismus in seiner Ideologie, Organisation und Durchschlagskraft nicht mehr den Nostalgie-Verbänden der alten Bundesrepublik Deutschland entspricht. Dadurch, dass es ihm gelingt, an aktuellen Resentiments teils realen, teils schimärischen Charakters in der Bevölkerung anzuknüpfen (Homophobie, Vorbehalte gegenüber Migrant(inn)en, Sexismus etc., aber auch Hartz IV, Finanzkrise), entfaltet er eine gefährliche politische Dynamik. Rassismus ist ein wesentliches Element, eine historische Dimension und eine gesellschaftliche Bedingung für die Entstehung von Rechtsextremismus. Hannah Arendt hat das bereits 1951 in ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ deutlich gezeigt, in dem die Analysen des Antisemitismus und des rassistischen Kolonialismus breiten Raum zum Verständnis der Entwicklung einer autoritären Gesellschaft einnehmen (Arendt 1986).

Ohne dieses gesellschaftliche Fundament und den Resonanzboden rassistischer Empfindungen in der Bevölkerung stünden die Rechtsextremen tatsächlich völlig vereinzelt am Rand, so aber erweisen sich ihre politischen Vorstellungen als für das gegenwärtige bürgerliche Empfinden extrem, finden aber im Wunsch nach einer starken Hand und bei der Neigung zum Glauben an Verschwörungstheorien das Verständnis vieler Menschen. Diese Themen bilden den Humus und das Einfallstor autoritärer Gesellschaftsmodelle in die Demokratie.

Im Folgenden fasse ich kurz die wesentlichen Elemente von Rassismus und Rechtsextremismus zusammen und bestimme ihr Verhältnis zueinander:

Rassismus tritt (nach Miles 1992) als Ideologie und als Gesellschaftssystem in Erscheinung. Ideologisch zeigt er sich in

- der Konstruktion von Gruppen,
 - der Zuschreibung bestimmter Eigenschaften (biologisch, kulturell, national, ethnisch) und
 - der Hierarchisierung der Gruppen, ihrer Ungleichwertigkeit und der daraus gefolgerten Ableitung von Herrschaft.
- Als Gesellschaftssystem ist er markiert durch
- gesellschaftliche Macht der Durchsetzung und kulturelle, soziale und politische Hegemonie,
 - soziale Hierarchie und gesellschaftliche Ausgrenzung sowie

→ institutionelle und strukturelle Diskriminierung (Rassismus im Arbeitsmarkt, bei Bildung, in politischer Partizipation).

Beim Rechtsextremismus lassen sich Einstellungen und Verhalten unterscheiden (vgl. z. B. Stöss 2005, 25). Zu den Einstellungen zählen Nationalismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Rassismus („Ausländerfeindlichkeit“), Autoritarismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Das Verhalten zeigt sich in Protest, Aktion, Wahlverhalten, Partizipation Mitgliedschaft sowie Gewalt und Terror.

Während der Rechtsextremismus für die Rassismustheorie eine Spezialform des Rassismus darstellt und deshalb theoretisch keine besondere Aufmerksamkeit erfährt, zeigt sich dies in der Rechtsextremistentheorie umgekehrt. Hier bildet Rassismus nur ein Element innerhalb rechtsextremer Einstellungen. Rassismus wird hier nach wie vor in erster Linie als klassischer, biologistischer Rassismus verstanden, während Differenzkonstruktionen unter Bezug auf Kultur noch immer als „Ausländerfeindlichkeit“ bezeichnet werden.

Es scheint sich also um konkurrierende Erklärungsmodelle zu handeln.

Das zeigt sich auch im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs. Rassismus zu thematisieren, erweist sich als relativ schwierig bzw. als Provokation, außer es handelt sich um einen „Rassismus“ in der Form des Thilo Sarrazin. Dieser hat allerdings einen Kardinalfehler begangen. Möglicherweise hätte er die Diskussionen über „Kopftuchmädchen“ oder „Obsthändler“ überstanden, wenn er sich nicht auch noch auf die Ebene der Genetik begeben hätte. Genetik und Judentum in bester antisemitischer Absicht – nämlich der Unterstreichung einer jüdi-

nachgedacht

„Türken raus, Deutschland den Deutschen oder ein Hakenkreuz“

Wahrscheinlich hat jeder schon einmal solche Graffiti gesehen. Ich ärgere mich dann, laufe aber nur kopfschüttelnd weiter. Ganz anders macht das Irmela Mensah-Schramm. Seit vielen Jahren fotografiert die ehemalige Lehrerin diskriminierende Graffiti. Nicht nur das: Anschließend entfernt sie die Schrift mit Aceton, Pinsel und Spachtel, die sie dafür immer griffbereit in der Tasche hat.



Was mich fasziniert und beeindruckt, ist die Bereitschaft zum persönlich Einsatz, der Wille aktiv zu werden. Verbreitet ist: „Man müsste mal“ oder „Es wäre notwendig, dass jemand mal etwas tut“. Diese Ausflüchte kenne ich leider auch von mir selbst.

Irmela Mensah-Schramm tut etwas. Hassschmierereien beschädigen nicht nur den Untergrund, auf dem sie geschrieben sind, sondern sie verletzen die Betroffenen und verändern das Bewusstsein derjenigen, die sie lesen. Und deshalb greift sie zum Werkzeug und handelt. Und sie tut das weiter, obwohl sie schon mehr als eine Drohung erhalten hat.

Für mich als Christ gehört beides zusammen: Stille und Gebet auf der einen Seite, aber immer auch die Tat in der Welt und der Einsatz für Menschen. Es ist schön, wenn Menschen wie Irmela Mensah-Schramm erkennen, wo dieser Einsatz gefordert ist. Von ihr können viele etwas lernen.



Jörn Möller
ESG-Generalsekretär

schen Intelligenz – miteinander zu verknüpfen, führt in Deutschland zum unmittelbaren Kurzschluss mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust. Die Elogen über die „dummen“ Einwanderer ziehen Empörung, aber skandalöser Weise auch eine verstärkte Integrationsdebatte nach sich, mit seinem biologischen Rassismus aber war Sarrazin nicht mehr auf seinem Posten zu halten. **Machen wir uns aber nichts vor: Das biologistische Denken ist auf dem Vormarsch. Vorreiter ist, wie so oft, die Wissenschaft, heute mit Genetik und Gehirnforschung. Wer sich heute also auf biologistische Argumente beruft, ist nicht ein Ewiggestriger, sondern ganz modern.**

Hiermit ist auch schon das Problem benannt: Rassismus als klassischer biologischer Rassismus, der mit dem „Rasse“-Wort hantiert, ist gesellschaftlich unüblich geworden. Alle feineren und weniger zu Tage liegenden Varianten werden nur ungern als Rassismus benannt. Bei einem Hearing des bundesweiten Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte 2009 in Berlin konnten die eingeladenen Parlamentarier unterschiedlicher politischer Couleur zunächst nicht verstehen, warum sich die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen darüber beschwerten, dass in Deutschland immer nur über Rechtsextremismus, nicht aber über Rassismus gesprochen werde. Es wurde kritisiert, dass sich die Aktionsprogramme der Bundesregierung vor allem gegen Rechtsextremismus (jetzt müssen wir sagen, gegen Extremismus) wendeten und dabei die Probleme der gesellschaftlichen Mitte ausklammerten. Der Kern der Kritik bestand darin, dass die Konzentration auf die Gruppen der extremen Rechten die Ursache des Problems, nämlich die Erzeugung radikaler Gesinnungen aus der Normalität unserer Gesellschaft und aus der Mitte dieser Gesellschaft heraus, verdecken würde. Mit der Thematisierung von Rassismus und Antisemitismus im Hier und Heute könne man nicht länger mehr die Augen davor verschließen, dass diese Phänomene genau in der demokratischen Mitte anzutreffen seien bzw. dass sie ihre gesellschaftliche Relevanz gerade dadurch entfalteteten, strukturelle Begleiterscheinungen der europäischen Geschichte und Gesellschaft zu sein.

Demgegenüber kommt uns (der Mehrheitsgesellschaft) die Kritik des Rechtsextremismus derzeit leicht über die Lippen, ich möchte fast sagen, wer heute gegen Rechtsextremismus arbeitet, befindet sich im Mainstream der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Auslöser dieses Diskurses sind insbesondere die verstärkten Aktivitäten von ultranationalistischen und aggressiv auftretenden, insbesondere gesellschaftliche Minderheiten diskriminierenden Parteien (NPD, Pro-Bewegung etc.) in den letzten 20 Jahren sowie Bewegungsaktivitäten informeller Gruppen, die zu lebensbedrohlichen Angriffen auf Minderheiten und politische Gegner führen. Diese Parteien und Gruppen werden als rechtsextrem bezeichnet.

Nicht zuletzt der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün im Jahr 1998, aber auch das Erwachen der Verfassungsschützer, die langsam das gefährliche Potenzial des Rechtsextremismus erkannten, machten den Begriff hoffähig. Die Verbreitung der Bezeichnung Rechtsextremismus ist zugleich als Fortschritt und Problem zu deuten. Als Fortschritt, weil zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein offizieller und öffentlicher Diskurs über den Rechtsextremismus geführt wird.

Das Problem dabei ist, dass sich zum einen im Begriff des Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes durchgesetzt hat, das es erleichtert, jederzeit vom Rechtsextremismus auf andere „Extremisten“ umzuschwenken und damit einer Entsorgung der deutschen Vergangenheit tendenziell Vorschub zu leisten. **Zum anderen blendet der Begriff des Extremismus aus, dass es sich hier um „Normalisierungstendenzen“ handelt bzw. um Denk- und Verhaltensformen, die von starken Minderheiten in der Bevölkerung zu großen Teilen getragen und unterstützt werden.**

Das Extremismus-Modell geht von folgender politischer Ordnung aus: Im Zentrum des verfassungskonformen Spektrums, definiert durch die Freiheitlich demokratische Grundordnung, steht die demokratische Mitte. An ihrem Rand befinden sich Links- und Rechtsradikale, die noch verfassungskonform sind. An deren jeweiligen Rändern liegen Links- und Rechtsextremismus, die verfassungswidrig sind. Nicht die Unterschiede in den Inhalten der politischen Orientierungen, sondern die Gemeinsamkeiten in den Formen der Absetzung vom etablierten staatlichen System werden zum zentralen Kriterium erhoben.

Unabhängig oder neben der politisch einfachen Verwertbarkeit des gegenüber der demokratischen Mitte scheinbar klar abzugrenzenden Phänomens Rechtsextremismus sowie der Tendenz realer lokaler Verankerung rechtsextremer Strukturen ist die Schwerpunktsetzung auf Rechtsextremismus in Deutschland auch historisch nicht zufällig, sondern hat mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrem schweren Erbe zu tun. Damit ist das besondere Augenmerk, das Rechtsextremismus aktuell erfährt, nur allzu legitim. Zugleich entlastet die Verschiebung des Problems an den rechten Rand die deutsche Gesellschaft insgesamt von der Reflexion ihrer historischen Verantwortung und ihrer gegenwärtigen Diskriminierungspraxen.

Deshalb scheint es mir grundsätzlich notwendig, sich vom Begriff des Rechts-Extremismus zu verabschieden, ohne aktuell einen alternativen Begriff anbieten zu können. Dieser Begriff würde auch den Blick auf das Phänomen „Rechtsextremismus“ verändern, denn Begriffe sind Griffe, um Welt zu begreifen, wie Bertolt Brecht einmal schrieb. Rassismus aber kann nicht an seine Stelle treten, da er mehr eine Gesellschaftsstruktur als ein politisches Programm beschreibt.

Bei Rassismus und Rechtsextremismus gibt es starke Überschneidungen z. B. auf der Ebene der Einstellungen (Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus). Sie unterscheiden sich aber z. B. darin, dass Rassismus auch demokratische Gesellschaften strukturiert, während Rechtsextremismus eng an die Vorstellung einer Diktatur geknüpft ist. Aufgrund der starken Überschneidung – aber eben nicht Identität – zwischen Rassismus und Rechtsextremismus kann es nicht darum gehen, Rechtsextremismustheorie und Rassismustheorie gegeneinander auszuspielen, sondern beide in Relation zueinander zu setzen. **M. E. ist es notwendig, mit dem Rassismus ein klassisches Diskriminierungsfeld in Denken und Struktur unserer Gesellschaft zu thematisieren und damit auf seine „Normalität“ zu verweisen.** Rassismus ist Ausdruck dieser Gesellschaft und bedarf deshalb einer grundsätzlichen, also radikalen Kritik. Zugleich

ersetzt der Hinweis auf Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus nicht die Beobachtung und Auseinandersetzung mit den politischen Projekten von Personen, Gruppen und Parteien, die auf die Errichtung eines autoritären oder faschistischen Regimes hinarbeiten. Diese politischen Projekte sind glücklicherweise in ihrer Geschlossenheit noch nicht mehrheitsfähig und insofern noch keine Projekte der gesellschaftlichen Mitte. Wenn sie es werden, dann aufgrund des Rassismus der Mitte. Wer also von Rechtsextremismus spricht, muss auch vom Rassismus sprechen.

Die erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus setzt maßgeblich eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus voraus. Da dieser ein breites gesellschaftliches Phänomen ist, verweist dies auf eine kritische Analyse unserer Gesellschaft und die Notwendigkeit antirassistischer Arbeit in allen Bereichen, darunter auch der Jugendarbeit.

Es gibt also die Notwendigkeit, die antirassistische Arbeit zu intensivieren und hier vor allem ein Rassismusverständnis voranzutreiben, das Diskriminierungen unter Bezug auf Ethnie, Nationalität, Kultur auch ohne direkten biologischen Bezug als rassistisch erkennt und zugleich so spezifisch in der Bestimmung seiner Gegenstände bleibt, dass nicht jede binäre Denkkonstruktion zu Rassismus erklärt wird.

Antirassistische Arbeit führt notwendig zur Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeitsstruktur, aber auch mit der Struktur unserer Gesellschaft, in die Rassismus eingeschrieben ist. **Der deutlichste politische Ausdruck rassistischer Politikentwürfe findet sich im Rechtsextremismus, der unmittelbar gefährlich ist, weil er regelmäßig Menschenleben fordert. Mittelbar aber ist er gefährlich, weil die Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaft offensichtlich rechtspopulistischen und rechtsextremen Gesellschaftsentwürfen in Europa Auftrieb gibt.** Beide Themenbereiche, die antirassistische Arbeit und die Arbeit gegen Rechtsextremismus müssen miteinander verzahnt werden, anstatt unverbunden parallel zu verlaufen.

Prof. Dr. Stephan Bundschuh lehrt an der Fachhochschule Koblenz. Sein Artikel ist die schriftliche Version eines Vortrags auf der Jubiläumstagung des IDA am 20.11.2010 in Berlin, erstmals in der Zeitschrift des IDA-NRW, „Überblick“, 4/2010 veröffentlicht.



Literatur

- Arendt, Hannah (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, München/Zürich
- Haug, Wolfgang Fritz (1987): *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Hamburg
- Horkheimer, Max (1939): *Die Juden und Europa*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 8. Doppelheft 1/2, 115–137
- Miles, Robert (1992): *Rassismus. Eine Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*, Hamburg
- Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin

Schwerpunktthema Rechtsextremismus heute

Neonazis den Marsch blasen

Storch Heinar kämpft mit Witz und Satire gegen braunen „Lifestyle“

Das politische Satire- und Klamottenprojekt „Storch Heinar“ (www.storchheinar.de) hat 2010 im so genannten Nürnberger Modeverbrecherprozess einen historischen Sieg gegen die in rechtsextremen Kreisen beliebte Modemarke „Thor Steinar“ errungen. Diese hatte Heinar wegen vermeintlicher Urheberrechtsverletzung und Verunglimpfung verklagt und grandios verloren.

In der Folge wurde Heinar mit seiner nichtsnutzigen Division bundesweit als eine in zweifacher Hinsicht gelungene Initiative gegen rechtsextremen Lifestyle bekannt. Einerseits durch die unverkrampfte Einladung an alle Altersgruppen, fernab jeder Moralpädagogik einfach mal über Neonazis abzulachen. Andererseits durch die gleichzeitig transportierte **Aufklärung über die rechtsextreme Strategie**, bei der Ansprache junger Menschen auf subtile Mittel wie Bekleidung, Musik, generell modernen „Lifestyle“ zu setzen.

Auslöser für den storchischen Aufstieg war wohl die Eröffnung eines von Neonazis betriebenen Bekleidungsgeschäftes in der Rostocker Innenstadt im Jahr 2007. Anhaltende – teils sehr gewalttätige – Proteste brachten eine Gruppe junger Menschen aus den Reihen der Jusos in der SPD auf die Idee, einmal mit Witz und Satire an die Sache heranzugehen und neue Pro-

testformen auszuprobieren. Die Idee Storch Heinar mit einem eigenen, satirischen Modelabel war geboren. Der Neonazi-Laden existiert glücklicherweise nicht mehr – aber Storch Heinar und seine Frauen und Männer ziehen seither mit wehenden Fahnen durch die Lande und sorgen dafür, dass Neonazis das Lachen im Halse stecken bleibt.

Dabei setzt Heinar nicht mehr nur auf die „steilsten Klamotten im ganzen Storchreich“ – wie Heinar in seiner unverwechselbaren Bescheidenheit zu sagen pflegt – sondern mittlerweile auch auf zackige Marschmusik. Mit seiner 2011 gegründeten **Kapelle „Storchkraft“ (www.storchkraft.de)** hat er bereits einen Bandcontest (korrekt: „Kapellenwettbewerb“) veranstaltet und zahlreiche Auftritte absolviert. Das erste eigene Album erscheint Mitte Juli. In einer Auflage von 10.000 Stück will Storch Heinar die Scheibe **„Storchkraft statt NPD“** unter das Volk bringen. Als Verballhornung der mittlerweile verbotenen NPD-Schulhof-CD – die hieß nämlich „Freiheit statt BRD“.

Doch damit nicht genug: Bei zwei „Gläschen“ Eierlikör – Heinars absolutem Lieblingsgetränk – hat der Super-Storch auch noch die Schreibmaschine im Fliegerhorst malträtiert. Herausgekommen ist soeben sein erstes Buch „Mein Krampf“. Unter anderem bestehend aus den 18 Episoden seines selbst gefälschten Tagebuches.



Derzeit ist Storch Heinar auf großem Rundflug in Mecklenburg-Vorpommern. Als „Spitzenkandidat gegen alle Nazis im Lande“ macht er mobil, um bei der anstehenden Landtagswahl am 4. September 2011 die rechtsextreme NPD wieder aus dem Schweriner Landtag zu vertreiben. Diese ist dort seit 2006 in Fraktionsstärke vertreten. „Denen werden ich und meine Mitstreiter erstmal zeigen, wo der Frosch die Locken hat“, zeigt sich Heinar kämpferisch. Weglachen kann Heinar die Neonazis dabei sicherlich nicht – aber ihre Strategien enttarnen und sie ordentlich lächerlich machen, das allemal.

Julian Barlen ist Mitbegründer und Autor der Informations- und Beteiligungskampagne www.endstation-rechts.de. Der gelernte Hotelkaufmann und Diplom Volkswirt engagiert sich seit 2008 für die Initiative „Storch Heinar“.

Schwerpunktthema Rechtsextremismus heute

Raus aus der Nische Jugendarbeit

Kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gehört ins Zentrum der Gemeinden



Anfang Juni feierten über 120 000 Christinnen und Christen einen bunten und lebendigen Kirchentag in Dresden, darunter viele Jugendliche. Es wurde gefeiert, getanzt, gelacht. Aber nicht nur das: die Jugendlichen stellten sich auch den Debatten um religiöse und politisch-gesellschaftliche Fragen. Eines der wichtigen Themen war die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Im Zentrum Jugend gab es ein mit 700 Jugendlichen gut besuchtes Podium unter dem Titel „Kein Bock auf Nazis – tanzen, beten, demonstrieren – evangelische Jugendliche wehren sich gegen Rechtsextremismus.“

Auf der Bühne diskutierten Jugendliche ihre Erfahrungen mit Rechtsextremismus und berichteten von ganz konkreten Beispielen, wie sie sich dagegen wehren. Evangelische Jugendliche waren die Expert(inn)en in eigener Sache. Bei einem Planspiel agierten Jugendliche als Synodale und setzten sich mit einem Antrag zur Aussetzung der Konfirmation bei einem rechtsextremen Jugendlichen auseinander. Es wurde heftig miteinander gerungen. Das Ergebnis: ein klares Nein zu Rechtsextremismus, aber kein Ausschluss von der Konfirmation. Das Thema war und ist für viele Jugendliche aktuell und brisant. Spätestens, als beim Abschlussgottesdienst eine sechsstellige Kollekte für die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ gesammelt wurde, war klar, dass das Thema – nicht nur bezogen auf die Jugendlichen – für die Kirchtagmacher ein zentrales Anliegen war.

Doch zurück zur Jugendarbeit, wo zwei Auffälligkeiten zum Thema Rechtsextremismus benannt werden müssen. Zum einen: Viele Kampagnen und Förderprojekte zur Prävention richten sich vorrangig an Jugendarbeit und Schule. **Nun sind aber bei rechtsextremen Einstellungen die jüngeren deutlich weniger anfällig.** Die Studie der Friedrich Ebert Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ zeigt ganz klar: Je älter die Befragten, desto höher die rechtsextremen Einstellungen. Zeigen sich hier erste Erfolge jahrelanger bildungspolitischer Bemühungen oder sind junge Menschen einfach entwicklungspsychologisch begründet offener und weniger von Ängsten geleitet? So oder so, eine großflächige und defizitäre Fokussierung auf Jugendliche gerade bei diesen Themen überrascht. Der zweite Punkt: An vielen Stellen sind kirchliche Jugendliche oder Mitarbeitende engagiert in regionalen antirassistischen Netzwerken. Nicht selten stehen sie dort stellvertretend für die Evangelische Kirche. Zugespielt formuliert: **Es wird Zeit, dass das kirchliche Engagement gegen Rechtsextremismus den Sprung von der Jugendarbeit in die Gemeindegarbeit schafft.** Evangelische Jugendarbeit muss beim Thema Rechtsextremismus Motor für die gesamte Kirche sein.

Rechtsextremismus – was ist damit gemeint?

Der Begriff des Rechtsextremismus wird verschieden verwendet. Im engeren Sinne, so nutzen ihn Polizei und Behörden, fallen darunter nur diejenigen, die sich aktiv oder planerisch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Da sind in der Regel nur wenige 100 Personen pro Bundesland. Für das kirchliche Handeln oder den Jugendverband ist das ein zu vernachlässigendes Phänomen. Ganz anders sieht es aber aus, wenn man einen unter Soziologen üblichen Rechtsextremismusbegriff anwendet. Hier wird Rechtsextremismus als ein verfestigtes Einstellungsmuster von Ungleichwertigkeitsvorstellungen verstanden, welches sich u. a. in Formen von Antisemitismus, Rassismus und Sozialdarwinismus äußert. Die konkreten Erscheinungsformen sind sehr verschieden. Diese deutlich weitere Definition nimmt Einstellungen mit in den Blick, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Das bedeutet auch, dass wir als Kirche nicht mehr mit dem Finger auf andere zeigen können. Der Polen- oder Türkenwitz am Lagerfeuer einer Jugendfreizeit gehört genauso dazu, wie die teilweise auch in Gemeindegkreisen begeistert aufgenommenen Äußerungen Thilo Sarrazins, Muslime seien genetisch bedingt ungebildeter und eine ökonomische Belastung für die Gesellschaft.

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – blinde Flecken der evangelischen Kirche?

Es ist das Verdienst der Sozialforschung, uns aufgezeigt zu haben, dass kirchliche Milieus mindestens genauso anfällig für rechtsextreme Einstellungsmuster sind wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Hier sei auf die schon erwähnte

Studie der Friedrich Ebert Stiftung und auf Untersuchungen von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld verwiesen. Nach Heitmeyer sind die protestantischen Milieus sogar überdurchschnittlich betroffen. Die Studien zeigen interessanterweise auch, dass es bei den Einstellungen – anders als bei Straftaten und Wahlergebnissen – keinen Ost-West-Unterschied gibt. Gleichwohl gibt es regionale Besonderheiten. Folgt man der Studie der Friedrich Ebert Stiftung „Vom Rand zur Mitte“, ist Antisemitismus besonders im Süden verbreitet. Für den Osten hingegen gilt, dass die Ablehnung von Migranten besonders hoch ist. Lange war es die Selbstwahrnehmung der gegen Rechtsextremismus engagierten Gemeindeglieder, Jugendmitarbeiter und der Kirchenleitenden, davon in den Gemeinden und Jugendgruppen selbst kaum betroffen zu sein. Nun müssen sie zur Kenntnis nehmen: **Rechtsextremistische Einstellungen sind teilweise in der Mitte der Gesellschaft angekommen, sie gibt es auch bei unseren Gottesdienstbesuchern, Gemeindegkirchenräten oder Konfirmanden.**

Nächstenliebe verlangt Klarheit – doch was heißt das konkret?

Es gab den letzten Jahren ein Vielzahl klarer und eindeutiger Stellungnahmen von Synoden und Kirchenleitungen, in denen es heißt, dass **Rechtsextremismus und christlicher Glaube unvereinbar** sind. Allerdings bleiben diese Beschlüsse zunächst allgemein. Was daraus konkret für Konsequenzen in der Praxis gezogen werden, ist offen und wird noch weiter zu beobachten sein.

Zwei aktuelle Beispiele aus der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) sollen zeigen, wie schwierig die Umsetzung ist. Als sich im Vorfeld der Landtagswahl 2011 herausstellte, dass ein Mitglied eines Gemeindegkirchenrats für die NPD antritt, wurde seitens des Kirchenkreises ganz klar und unverzüglich entschieden, dass der Kandidat seine Gemeindegämter aufgeben muss. Vor Ort stieß diese Entscheidung teilweise auf großes Unverständnis. Trotzdem war die Entscheidung ordnungsgemäß und im Sinne klarer Grenzziehung auch sachgemäß. Wenige Jahre zuvor hieß ein Kampagnemotto der Landeskirche „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Ev. Kirche gegen Rechtsextremismus“. Hier wurde klar Stellung bezogen.

Fast gleichzeitig plante eine andere Gemeinde der Landeskirche einen Gemeindeabend mit Thilo Sarrazin. Es gab zwar vereinzelte Proteste aus der Gemeinde und viele fachliche Bedenken von Außen. Auch kirchenleitend gab es kritische Anfragen, letztendlich scheute man aber den inhaltlichen Konflikt mit der Gemeinde. Erst als die NPD sich anschickte, den Abend als Plattform zu nutzen, intervenierte die Landeskirche, was bei der Gemeindeleitung auf absolutes Unverständnis stieß. Später fand der Abend ohne die NPD statt und 400 Besucher beklatschten in einer Kirche begeistert die islamfeindlichen und sozialdarwinistischen Äußerungen des Autors. Widerspruch seitens der Moderatoren oder des Publikums gab es fast nicht. Das ist die Kurzform eines heftigen Konfliktes, der bis heute schwelt.

Was wird hier deutlich? Die Empfänglichkeit für islamfeindliche und teilweise rassistische Denkansätze reicht bis in die Mitte der Gemeinde hinein. Und die Landeskirche hat in diesem Fall ausgesprochen zögerlich reagiert. Zu groß war wohl die Angst, bei zu deutlichen Äußerungen sich auch gegen viele Kirchenmitglieder zu stellen. Dabei waren die kritischen Äußerungen des EKD-Ratsvorsitzenden Schneider auf das Sarrazinbuch klar und präzise. Es fehlte aber der Mut, diese Klarheit auch der Basis einer verängstigten Gemeinde entgegen zu halten.

Darin zeigt sich die große Herausforderung: Wie gelingt es, die Ängste von Mitgliedern unserer Gemeinden und Gruppen ernst zu nehmen und trotzdem klare Grenzen zu ziehen? „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ – es liegt an den Gemeinden vor Ort, ob dieser Satz lediglich ein Kampagnemotto bleibt oder ob diese Klarheit dazu führt, sich einer Auseinandersetzung mit Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen in den eigenen Reihen zu stellen und entsprechend zu handeln.

Christian Liebchen

Kinder- und Jugendpfarramt der EKM
„AG Kirche und Rechtsextremismus der EKM“

Bunt ist cool

Bei bestem Fußballwetter fand am 9. Juli zum fünften Mal das bayernweite Fußballfest „Bunt ist cool“ statt. Mehr als 1200 Sportler(innen) aus 80 Mannschaften kickten gemeinsam auf dem Vereinsgelände des 1. FCN für Respekt und Fairness.

Vor dem offiziellen Anpfiff wurden die Mannschaften im Gottesdienst auf die „Selbstverpflichtung gegen Rassismus und Diskriminierung“ eingeschworen. Alle verpflichteten sich, fair zu spielen und niemanden wegen Hautfarbe, Religion, Herkunft oder Behinderung zu diskriminieren. „Wenn ein Turnier gegen Rassismus stattfindet, kann niemand etwas dagegen haben“, sagte der frühere Club-Trainer Hans Meyer, der gerne als Ehrengast zum Fußballfest kam. „Fußball verbindet, es gibt keine Unterschiede zwischen Einheimischen und Ausländern.“



In den unterschiedlichen Turnieren konnten die sportbegeisterten Mädchen und Jungen ihre Stärken messen. Doch die Freude am Fußball stand im Vordergrund. Nicht umsonst heißt die Devise: „Erlebnis geht über Ergebnis“. Auch bei den Siegerehrungen fand das seinen Ausdruck. Alle erhielten einen Preis. Die größten Pokale der einzelnen Wettbewerbe gingen an die Mannschaften mit den wenigsten Fouls. Zwei Pokale, den Fairness- und den Siegerpokal im Konfi-Cup (Endrunde A), erhielten die Konfirmand(inn)en aus Schopfloch (Feuchtwangen). Sieger der Endrunde B waren die Konfis aus Weißenburg.

Erstmals dabei waren die Mädchen vom Girls-Soccer-Camp. Mit Spaß und Leidenschaft spielten die 9- bis 15-Jährigen beim Fußballfest mit. Der Fairness-Pokal ging an das Heinrich-Schliemann-Gymnasium in Fürth.

Was wäre das Fußballfest ohne die Mannschaften um den Inklusions-Cup. Mit Ehrgeiz, spielerischem Können und viel Spaß kickten Behinderte und Nichtbehinderte miteinander. Sieger war die Mannschaft aus Gremsdorf bei Höchststadt.

Sportreferent Reinhold Schweiger dankte den vielen Helfer(inne)n sowie der Nürnberger Wilhelm-Löhe-Schule, Partner von „Bunt ist cool“, für ihr Engagement.

Christan Fischer, EK-Vorstand

Unser Kreuz hat keine Haken ...

... aber wie ist uns das eigentlich bewusst geworden?

Den meisten in der Evangelischen Jugend in Tostedt war klar, was da für Aufkleber überall in der Stadt kleben, was für Leute sich dort auf den Schützenfesten in „Gladiator Germania“ Pullover zusammenrotten und was die Kürzel „18“ und „88“ bedeuten. Von verbalen und körperlichen Übergriffen auf Einzelne oder ganze Veranstaltungen hatte jede(r) mindestens gehört, wenn nicht sogar miterlebt. Dass sich die Evangelische Jugend dazu äußern sollte, wurde uns spät bewusst.

Eher durch einen Zufall kam es, dass wir uns Anfang 2009 mit dem in die Jahre gekommenen Forum für Zivilcourage zusammen setzten und schilderten, was in Tostedt in unseren Augen los ist. Wir wussten, wie krass es (wieder) in Tostedt abging, dass mittlerweile 13- bis 14-Jährige in rechte Kreise geraten, sich alles um den Naziladen „Streetwaer Tostedt“ dreht und dass die Samtgemeindepolitik zu dem Thema schweigt. Vom Forum wurden wir ermutigt unseren Stimmen Gehör zu verschaffen. Deshalb schrieben wir einen Offenen Brief an die Gemeinde-Politiker(innen). Darin heißt es u. a.:

„Wir fordern, dass alle Bürgerinnen und Bürger informiert werden, dass es sich bei „Streetwaer Tostedt“ um kein einfaches Kleidungsgeschäft handelt, sondern um einen Naziladen, der bei uns in Tostedt unerwünscht ist.“

Danach ging alles ganz schnell. Über SchülerVZ mobilisierten wir unsere Freundinnen und Freunde und sammelten 400 Unterschriften von Jugendlichen aus der Samtgemeinde. Die Medien liefen auf, Nazis schmissen Scheiben ein, und der Samtgemeinderat beschloss eine Resolution gegen Rechtsextremismus. Im Jahr 2010 wurde ein Präventionsrat gegründet. Nun sollen und müssen weitere Schritte folgen.

Barnet Skitek, Tostedt

Volk ohne Hirn

Erfahrungen mit Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“

DIE GEFÄHRlichsten UNWAHRHEITEN SIND WAHRHEITEN MÄSSIG ENTSTELLT.

GEORG CHRISTOPH LICHTENBERG

Um dieses Buch zu lesen, habe ich zwei Anläufe und drei Impulse gebraucht. Zuerst begegnete mir Sarrazins Buch nach einem Abend in der Marburger StudentInnengemeinde als Bettlektüre. In der Überzeugung, dass sich die Presse ohnehin immer nur die schlimmsten Korken rauspickt und es ein Gebot der Fairness sei, die Argumente des Autors im Zusammenhang wahrzunehmen, fing ich an zu lesen. Aber schon das erste Querlesen war enttäuschend. **Sarrazin ist z. B. nicht in der Lage oder vielmehr nicht willens, zwischen Bildung und Intelligenz zu unterscheiden.** Das Problem lernunwilliger Schulverweigerer, die in ihrer Haltung auch noch von harthörigen Eltern bestärkt werden und das Sarrazin aus Berlin vertraut ist, kenne ich aus meiner Heimat Sachsen-Anhalt auch: Nur sind es dort eben keine Türken und Araber (die gibt's da nicht), sondern sozial deklassierte, gesellschaftlich abgehängte

„Zonis“, deren Eltern den abrupten Systemwechsel sozial nicht überlebt haben. **Das Problem ist also sozialer, nicht ethnisch-biologischer Natur.** Die alte Bundesrepublik kannte bis in die 1970er Jahre das sprichwörtliche „katholische Mädchen vom Lande“ als Inbegriff bildungsferner Rückständigkeit.

Einige Zeit später sah ich im Fernsehen einen Bericht: Das Münchner Bildungsbürgertum hatte Thilo Sarrazin eingeladen, seine Thesen mit einigen Soziologen und Wissenschaftlern zu diskutieren. Offenbar sollte der Volksverhetzer hier durch Sachargumente plattgemacht werden. Doch es kam anders. Die Wissenschaftler wurden niedergebrüllt, weil sich das gutbürgerliche Publikum in der Pflege seiner Vorurteile, die nun endlich einmal von einem etablierten Sozialdemokraten ausgesprochen wurden, nicht durch Statistiken stören lassen wollte. Dass die Spitze seiner Partei zu feige ist, ihn rauszuwerfen (es gibt Instanzen, ich weiß), dürfte wohl daran liegen, dass die gefühlte Hälfte der Parteimitglieder Sarrazins Ansichten teilt. **Dafür immerhin muss man Thilo Sarrazin zutiefst dankbar sein – zu Tage gefördert zu haben, wie fest rassis-**

tische Resentiments in der Mitte der Gesellschaft verankert sind.

Schließlich stand ich in der Berliner Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ vor einem



Plakat aus den 1930er Jahren, auf dem grafisch vorgeführt wurde, was passiert, wenn sich die geistig Minderbemittelten weiter so ungehemmt vermehren: Deutschland schafft sich ab!

Schon der Titel des Buches ist infam. Deutschland – als Verfassungsstaat – kann sich ja gar nicht abschaffen, es sei denn, es kommt irgendwann doch noch zu einem einigen Europa der Regionen. Deutscher ist, wer einen deutschen Pass hat. Hinter dem Angst einflößenden Titel steckt also eigentlich die alte Neonaziparole: Deutschland den Deutschen! Grund genug, das Buch doch noch zu lesen.

All die in der bisherigen Debatte inkriminierten Zitate enthält das Buch wirklich und sie sind auch so gemeint, die These etwa, „dass wir als Volk an durchschnittlicher Intelligenz verlieren, wenn die intelligenteren Frauen weniger oder gar keine Kinder zur Welt bringen“ oder die Prognose: „beim gegenwärtigen demografischen Trend wird Deutschland in 100 Jahren noch 25 Millionen, in 200 Jahren noch 8 Millionen und in 300 Jahren noch 3 Millionen Einwohner haben“. Auch Sarrazin dürfte wissen, dass derart langfristige Prognosen wissenschaftlich völlig unhaltbar sind und auch Sarrazin meint sie nicht als Prognosen, sondern nutzt sie zur Erzeugung diffuser Ängste. Dumpfe Politiker- und Medienschelte gibt es gratis dazu. **Offenbar hat der ach so kluge Herr Sarrazin (Selbstwahrnehmung) lange darunter gelitten, als „Spitzenbeamter“ (Selbstbezeichnung) mittelmäßigen Politikern Zuarbeit leisten zu müssen.**

Sarrazin beharrt darauf, „dass der Einzelne selbst für sein Verhalten verantwortlich ist und nicht die Gesellschaft“, vergisst aber mitzuteilen, wie die angeblich in dritter Generation Verblödeten das denn nun anstellen sollen. Seine vorausgesetzte und in Interviews gelegentlich auch behauptete genetische Homogenität von Völkern (das „Judengen“) ist kompletter Unfug und man muss nicht erst bis zur Völkerwanderung zurückgehen, um sie zu widerlegen. Mein Name („plisz“) ist polnischer Herkunft und S-A-R-R-A-Z-I-N ist offensichtlich mit Umweg über das Französische aus dem arabisch-türkischen Raum zu uns eingedrungen. Am Ende ist der Mensch Thilo Sarrazin noch der lebende Beweis für die Richtigkeit seiner Thesen, allerdings nach dem Muster des klassischen-griechischen Logikproblems „Ein Kreter spricht: Alle Kreter sind Lügner“, hier in der amüsanten Variante: „Ein Kanake spricht: alle Kanaken sind dumm“.

Nebenbei bemerkt, ist das Buch auch noch schlecht geschrieben. Sarrazin pflegt einen selbstgefälligen, oberlehrerhaften Ich-Stil, nach der Melodie: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“. **Sein sprachliches Unvermögen dürfte allerdings nicht unwesentlich zum Erfolg des Buches beigetragen haben, denn es holt die Leserinnen und Leser bei ihrer eigenen Sprachlosigkeit ab.** Sarrazin ist gewissermaßen die Hera Lind unter den Sachbuchautoren. Wenigstens das Bildungsbürgertum sollte sich schämen, so etwas zu goutieren. Nicht klar geworden ist mir bis zum Schluss, ob Sarrazin eher ein kühl kalkulierender Provokateur ist, der auf den finanziellen Erfolg, dessen er sich ja gelegentlich brüstet, hin geschrieben hat, oder doch eher ein Überzeugungstäter, der jetzt mit vollem Recht Beifall von rechts bekommt. Dr. Uwe-Karsten Pliisch

kolumne



Nie wieder!?

Mit dieser Überzeugung sind wir in Deutschland aufgewachsen – zumindest die Nachgeborenen, die Kinder der NS- und Kriegsgeneration. Nie wieder Krieg und noch mehr: Nie wieder Nationalismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Die Ewiggestrigen

hatten keine reale Chance mehr – nach der gelungenen Integration der NS-infizierten Bevölkerung in die Wohlstandsrepublik des Westens verloren sie ihre Anknüpfungspunkte – und wurden mit Argusaugen von der Demokratie- und Friedensbewegung beobachtet. Im Osten schloss die Staatsdoktrin rechte Umtriebe aus. Der rechte Sumpf war noch da – aber sehr ausgetrocknet. Doch im „Herbst“ der kuscheligen Bonner Republik sogen die Wurzeln wieder Kraft (Republikaner, DVU) und erhielten scheinbar paradoxer Weise nach der ebenso unerwarteten wie hoffnungsvollen Befreiung von den staatssozialistischen Zwangssystemen in Osteuropa neue Nahrung. Die große neue Unübersichtlichkeit und der zunehmende Verlust an Orientierung öffneten den Einflüsterern der Einfachheit Ohren und Herzen – im Osten (nicht nur Deutschland) aber auch in westlichen Gefilden. Benno Hafener hat durch seine Studien erschreckend aufgezeigt, wie ganze Dorfgemeinschaften im hessischen Hinterland schrittweise von antidemokratischen, rechtsradikalen Denkweisen erfasst werden können.

Die Sicherheiten der relativ geschlossenen Systeme sind verloren gegangen – in Osteuropa durch den Zusammenbruch – und im Westen nach Verlust einer Systemalternative, gegen die es sich durch sozialen Ausgleich zu behaupten galt. Eindeutigkeit, was richtig und was falsch ist, ist der Vieldeutigkeit gewichen. Die gesellschaftlichen Leitplanken sind weg, an denen man sich reiben konnte, die aber verlässlich die Spur für das Leben wiesen. Heute sind es Weggabelungen, die keinen Ausblick auf die Reiseziele geben. Und zudem erlebt man und frau, wie sichergeglaubter Status zerbröckelt: Akademikerarbeitslosigkeit, Vollzeitjobs ohne ausreichende Bezahlung, Regionen, in denen die einzige Entwicklungschance im Abwandern liegt. Selbst um das Ersparte muss man sich neuerdings Sorgen machen (Bankenpleite) und das System der Sozialversicherung hält nicht mehr, was es in der Bonner Republik noch vermittelt: eine gesicherte und für alle angemessene Gesundheits- und Altersversorgung. Der Kreis derer, die nicht mehr mithalten können, wächst und damit auch die Angst anderer, abzurutschen.

Ach wie gut tun da die Propheten der Vereinfachung und Klarheit, der Ab- und Ausgrenzung. Sie machen Hoffnung, dass es auch anders gehen könnte. Sie setzen bei den Unsicherheiten, den offenen und verdeckten Ängsten an und zeigen Alternativen auf, die aber keine sind. Sie setzen sich von der Demokratie ab, der sie Zahn- und Hilfslosigkeit unterstellen. Es sind aber nicht nur die Formeln der neuen Rechten gegen alles Undeutsche und Demokratieverdächtige – diese Haltung beginnt schon früher bei einer ausgeprägten regionalen Burgmentalität, bei der wachsenden Kritik an Europa und dem Zusammenwachsen mit den anderen europäischen Völkern, beim negativen Bild über Politik und Politiker(innen). Dazu gesellen sich neue Pädagogikpápste wie Bernhard Bueb oder Michael Winterhoff, die eine Rückbesinnung auf Erzie-

hungsstile der Vergangenheit einfordern: Unterwerfung, Disziplin, Strafe und „kurzer Prozess“ heißen Ihre Begriffe. Sie schwimmen mit ihrer Kritik an partnerschaftlicher Erziehung auf einer postdemokratischen Welle. Das Kind, der Jugendliche soll in die Vorgaben der Erwachsenen eingepasst werden, nach ihren Vorstellungen geformt werden. Bueb meint, „wir müssen uns dazu durchringen, legitime Macht als Autorität anzuerkennen, die Macht Gottes, die Macht des Staates und die Macht der Erziehungsberechtigten“ und Winterhoff titelt: „Erste Beziehungsstörung: Partnerschaftlichkeit – Kinder werden aus der untergeordneten Rolle zwangsbefreit“. Also zurück zum Erziehungsobjekt und zur Disziplinierung als Kernaufgabe der Pädagogik. So aber werden Kinder und Jugendliche nicht auf die komplexe und unübersichtliche Welt vorbereitet, so werden sie nicht gefördert, Konfliktkompetenz zu erwerben, sich konstruktiv mit dem Selbstanspruch und den gesellschaftlichen Regeln auseinanderzusetzen. Das sind die schlechtesten Vorgaben für eine Begleitung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Disziplin und bedingungsloser Gehorsam führen schlussendlich zu Unterwürfigkeit und faschistoiden Sicht- und Handlungsweisen. Welches Leiden eine solche Erziehung zur Folge hat, zeigt der Abschlussbericht des Runden Tisches Heimkinder, welche Vorstellungen daraus erwachsen, da lohnt exemplarisch der Blick in Thilo Sarrazins unerträgliches Pamphlet. Und bei alledem erschreckt, dass diese geistigen Pyromanen mit ihren Ergüssen auf den Bestellerlisten stehen.

Evangelische Jugend hat ein grundlegend anderes Erziehungs- und Bildungsverständnis. Dass dies heute wohl wieder mehr hinterfragt wird, macht die Evangelische Jugend notwendiger denn je. Für die Evangelische Jugend kann es nur einen Ansatz geben – partnerschaftlich mit Kindern und Jugendlichen Lebenswelten zu gestalten. Mehr denn je ist eine kontinuierliche Auseinandersetzung zwischen jungen Menschen und Erwachsenen über den weiteren Weg der Gesellschaft notwendig. Das Vergangene wirft viele Fragen auf und muss sich heute jeweils neu begründen, wenn es denn noch gelten soll. Dabei sind die Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen wichtig. Sie bei Entscheidungen einzubeziehen heißt, Demokratie nachhaltig zu leben und zu sichern. Wohin autoritäre Vorgaben und Verordnungen für das Leben führen, zeigt uns die Geschichte des deutschen Volkes vielfach und besonders an den Öfen des Holocaust und auf den Friedhöfen der überfallenen und unterdrückten Völker.

Nie wieder? Evangelische Jugend sollte wachsam bleiben – und die Brandstifter im biedereren Gewand, die verdeckt und offen mit ihren Konzepten einer anderen Gesellschaftsordnung das Wort reden, öffentlich entlarven. Sie hat den Auftrag, alle Entwicklungen dahin aufzuzeigen – und immer wieder neu mit jungen Menschen Demokratie zu erarbeiten. Demokratie ist kein Schönwetterprogramm, sondern harte Arbeit, zumal in Zeiten, wo kein Wachstum mehr zu verteilen sein wird, sondern Krisen und ihre Folgen demokratisch bewältigt werden müssen. Dass es dabei härter und demokratiefeindlicher zugehen wird ist abzusehen.

Ihr/Euer


Mike Corsa, aej-Generalsekretär

Demokratisch leben lernen

Pfadfinden in Laucha

Im Herbst 2005 begann die Kirchgemeinde Laucha gemeinsam mit dem Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) Pfadfinderarbeit in Laucha und Umgebung aufzubauen. Wir beobachteten, dass Kinder und Jugendliche zunehmend rechte Ideen verinnerlichen und potenzielle Gewaltbereitschaft vorhanden ist. Demokratisches Bewusstsein hingegen lässt zu wünschen übrig. Mit der Pfadfinderarbeit hat die Kirchgemeinde eine Form der Kinder- und Jugendarbeit in der Gegend etabliert, die eine Alternative zur antidemokratischen Arbeit der rechten Gruppierungen bietet. Ziel dieser Arbeit ist es, den Kindern und Jugendlichen Erfahrungen zu ermöglichen, durch die sie sozial kompetent und demokratisch handlungsfähig werden.

Methodisch handelt es sich um klassische pfadfinderische Arbeit: Die Kinder und Jugendlichen treffen sich wöchentlich in altersspezifischen Gruppen, die von Jugendlichen geleitet werden. Sie gehen gemeinsam auf Fahrt und Lager. Die Gruppen sind relativ klein, um das Erlernen von sozialen Fähigkeiten in einem überschaubaren Kreis zu ermöglichen. Die kleine Gruppe trägt den Einzelnen und ermutigt ihn zugleich, Verantwortung für die Gruppe zu übernehmen. In den Gruppenstunden arbeiten wir an unserem Ziel durch gemeinsame Normenfindung, Rollenspielen zu Konfliktsituationen und erlebnispädagogische Kooperationsübungen. Natürlich vermitteln wir das nötige technische Wissen rund um Zeltbau, Knoten und Ähnliches, um unsere Gruppen auf Fahrten und Lager vorzubereiten.

Diese Unternehmungen spielen mit ihrer Mischung aus Abenteuer und Gemeinschaftserleben eine große Rolle für den Bildungsprozess. Die Kinder und Jugendlichen werden aus ihren gewohnten Strukturen herausgelöst und leben längere Zeit zusammen. Dadurch erkennen sie den Wert demokratischen Verhaltens und gemeinsamer gewaltfreier Konflikt-



bearbeitung. In den Gremien des VCP auf Orts-, Landes- und Bundesebene erlernen die Kinder und Jugendlichen die Techniken demokratischer Prozesse. Durch die voll stimmberechtigte Einbindung auch der jüngsten Mitglieder in die örtlichen Gremien beginnt dieser Lernprozess früh.

Eine Besonderheit in Laucha ist der hohe Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwierigerem Umfeld. Der Anteil der Mitglieder mit Sozialbeitrag ist bei uns zwanzigmal höher als im VCP-Durchschnitt. Für unsere Ziele ist es entscheidend, auch so genannte bildungsferne Milieus zu erreichen. Die Schaffung von gegenseitigem Respekt trotz unterschiedlicher Bildungshintergründe birgt für alle beteiligten Kinder und Jugendlichen Bildungschancen. Wichtig ist das stark ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl, das gerade durch identitätsstiftende Elemente im Pfadfinden gefördert wird. Dieses Gemeinschaftsgefühl ermöglicht es, milieuübergreifend zu arbeiten.

Soll der Prozess gelingen, müssen die Kinder und Jugendlichen über Jahre hinweg begleitet werden. Deshalb brauchen nachhaltige Bildungsprozesse Kontinuität und stabile Bindungen der Gruppenmitglieder zueinander.

Werner Meyknecht

DEMO – Demokratische Jugendarbeit im demographischen Wandel

Seit April läuft das Projekt DEMO in Kooperation von aej und der BAG EJSJA

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSJA) wollen gezielt im ländlichen Raum in Ostdeutschland die Rechte und die Teilhabechancen von jungen Menschen stärken.

Der Anteil der Jugendlichen ist in den neuen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren um mehr als 10 Prozent zurückgegangen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Damit gehen der Abbau der Infrastruktur und steigende Ausgabenkürzungen besonders in der Jugendhilfe einher. Die Folge sind zunehmend prekäre Lebenslagen aufgrund von struktureller Benachteiligung kombiniert mit individuellen Beeinträchtigungen.

Unter diesen Voraussetzungen sind demokratische Bildungsansätze so wichtig wie nie. Das Projekt DEMO will an drei Standorten im ländlichen Raum in Ostdeutschland Konzeptentwicklungen fördern, die nachhaltig eine weltoffene und demokratische Haltung durch partizipative Jugendarbeit stärken und vorantreiben. Es sollen noch mehr Gelegenheiten für Jugendliche geschaffen werden, in ihrem Lebensraum vor Ort zu partizipieren und Perspektiven zu finden. Das Ziel ist es, rechtsextremistischen und antidemokratischen Einstellungen und deren Jugendarbeit von vornherein keine Chance zu geben.

Informationen, Fragen und Anregungen:

Charlotte Bamberger, Projektleiterin
„DEMO – Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel“, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischen Jugendsozialarbeit (BAG EJSJA), Auguststraße 80, 10117 Berlin, Telefon: 030 28395-414, Telefax: 030 28395-418, E-Mail: bamberger@bagejsa.de



Neulich auf der Autobahn: Vor mir fährt ein Hamburger Kleinwagen, französisches Modell, darin sitzen zwei junge Frauen. Was harmlos aussieht, ist es in Wirklichkeit nicht, denn das Auto hat das Kennzeichen HH-HH 88. Das kann kaum ein Zufall sein. In Nazikreisen steht die 8 für den achten Buchstaben des Alphabets, 88 als ein Kürzel für „Heil Hitler!“. HH-HH 88 - welche blinde Zulassungsbehörde hat das genehmigt?

Die Pirnaer „Aktion Zivilcourage“ (www.aktion-zivilcourage.de) hat einen jüngst aktualisierten Flyer (siehe unten und Seite 6) entwickelt, der die wichtigsten Nazisymbole, Erkennungszeichen und interne Codes auflistet. Der Inhalt des Flyers wird außerdem als Plakat angeboten. Dieses und weiteres Material kann auf der Website der Aktion bestellt und teilweise auch als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Aktion Zivilcourage

ANSPRECHPARTNER

AKTION ZIVILCOURAGE
Postfach 100 228
01782 Pirna
Telefon: 03501 460880
Telefax: 03501 460881
E-Mail: post@aktion-zivilcourage.de
Internet: www.aktion-zivilcourage.de



KULTURBÜRO SACHSEN E. V.

Geschäftsstelle
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
Telefon: 0351 2721490
Telefax: 0351 56340898
E-Mail: buero@kulturbuero-sachsen.de
Internet: www.kulturbuero-sachsen.de



POLIZEIDIREKTION OBERES ELBTAL-OSTERZGEBIRGE

Albertstraße 4
01097 Dresden
Telefon: 0351 6524-0



Polizeirevier Pirna
Obere Burgstraße 9
01796 Pirna
Telefon: 03501 519-0

Notruf: 110

RECHTLICHER HINTERGRUND

Der § 86 a wurde im Strafgesetzbuch verankert, um nationalsozialistische Kennzeichen aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Als Kennzeichen gelten neben Abzeichen auch Fahnen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen verbotener Organisationen. Ein Kennzeichen ist somit nur strafbar, wenn es das einer verbotenen Organisation ist oder diesem zumindest zum Verwechseln ähnlich sieht und die Straftat im öffentlichen Rahmen stattfindet. Wer beispielsweise in seiner Wohnung ein verbotenes Lied hört, begeht keine Straftat. Ist jedoch das Lied auch vom Nachbarn zu hören, ist die Öffentlichkeit hergestellt und das Hören des Liedes nach § 86 a StGB strafbar.

Unterstützen auch Sie unsere Arbeit für eine demokratische Zivilgesellschaft:

Spendenkonto
Ostsächsische Sparkasse Dresden
Konto 3 200 035 608
BLZ 850 503 00
Empfänger: Aktion Zivilcourage e.V.
Zweck: Spende

Gefördert durch:
das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen«, den Lokalen Aktionsplan Sächsische Schweiz, das »Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend«, den Landkreis Sächsische Schweiz und die Stadt Pirna



Das sieht verboten aus!

Rechtsextreme Symbole und ihre Bedeutung

Diese Übersicht dient zur Information und zur Aufklärung über rechtsextreme Symbole und Zeichen. Sie wurde vom Aktion Zivilcourage e.V. erstellt und rechtlich überprüft. Zu dieser Übersicht ist ein Plakat mit identischem Inhalt erschienen – dieses können sie über den Aktion Zivilcourage e.V. anfordern.

Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, Veranstaltungen, Projekttag und Diskussionsrunden mit den unten aufgeführten Organisationen durchzuführen. Wenn sie Probleme haben oder Hilfe suchen, wenden sie sich bitte vertrauensvoll an die Ansprechpartner.

© Aktion Zivilcourage e.V. 2008, 5. überarbeitete Auflage
Der Aktion Zivilcourage e.V. kann trotz gründlicher Recherche keine Garantien bezüglich der Vollständigkeit und Richtigkeit dieses Informationsmaterials übernehmen. Stand 12/2008

Vi.S.d.P.: Aktion Zivilcourage e.V., PF 100 228, 01782 Pirna

